

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 19

Sonntag, den 7. Mai

1916

Statistikarten

müssen bis Montag, den 8. Mai, in unseren Händen sein.
Der Vorstand.

Petition

der Tabakarbeiter an den Reichstag. Hoher Reichstag!

Die unterzeichneten drei Verbände der deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen bitten einen Hohen Reichstag, der Vorlage betr. Erhöhung der Tabakabgaben die Zustimmung versagen zu wollen!

Begründung:

Die Vorlage betr. Erhöhung der Tabakabgaben ist, wenn sie Gesetz wird, geeignet, die Lage der deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ganz erheblich zu verschlechtern. Die Tabakindustrie ist in den letzten Jahrzehnten durch neue Steuern und Steuererhöhungen arg mitgenommen worden; selbst die mehrfach nicht genehmigten Steuerpläne haben niederdrückend auf das Gewerbe gewirkt. Seit Jahren ist die Tabakindustrie, insbesondere die Zigarrenindustrie, in einer gewissen Bedrängnis und in der Entwicklung durch mancherlei ungünstige Umstände gehemmt. Die Steuer, die bereits von der Tabakindustrie erhoben wird, ist schon außerordentlich hoch, sollen noch weitere 160 Millionen erhoben werden, so bedeutet es eine Beschränkung, wie sie keine Industrie in Deutschland zu ertragen hat.

Hoher Reichstag wolle doch auf keinen Fall die Lage der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen unberücksichtigt lassen. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ist niedriger wie der Durchschnittslohn in allen anderen gewerblichen Berufen und beträgt nur etwas über die Hälfte des Durchschnittslohnes der gewerblichen Arbeiter überhaupt.

Der Durchschnittslohn betrug (nach den Berufs-Genossenschaften):

a) gewerbliche Arbeiter überhaupt:	b) Tabakarbeiter:	Tabakarbeiter weniger:
1911 1147 Mk.	630 Mk.	517 Mk.
1912 1191 "	653 "	538 "
1913 1215 "	675 "	540 "

Jede neue Steuerbelastung hat die Lage der Tabakarbeiter- und -arbeiterinnen verschlechtert. Der Lohn der Tabakarbeiterschaft ist sogar nach Steuererhöhungen gesunken.

Der Durchschnittslohn per Vollarbeiter betrug (nach der Tabak-Berufsgenossenschaft):

1907	603 Mk.
1908	614 " + 11 Mk.
1909 (B.15.8. Wertst.)	618 " + 4 "
1910	616 " - 2 "

Die Möglichkeit, einen Teil der Steuern auf die Arbeiter und Arbeiterinnen abzuwälzen, ist besonders groß in der Zigarrenindustrie.

Die Verlegung der Betriebe aus Gegenden mit besseren Löhnen nach Gegenden mit schlechteren und schlechtesten Löhnen wird, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, stark begünstigt werden; außerdem wird die Hausarbeit zum Schaden der Tabakarbeiterschaft und des Wohles der Gesamtbevölkerung gefördert werden.

Ganz besonders ist aber auf die zu erwartende sehr starke Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Es trifft nicht zu, daß das Auffüllen der jetzt leeren Läger eine wahrnehmbare Wirkung auf den Beschäftigungsgrad haben wird. Wenn wirklich bei Annahme der Vorlage die Unternehmer ihren früheren Lagerbestand zu erreichen suchen, was ganz ausgeschlossen ist, so ist das in ein paar Wochen geschehen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Zahl der Arbeitskräfte in der Zigarrenindustrie gegenwärtig durch neuangelernte Personen stark vermehrt worden ist; wie soll es aber werden, wenn alle die zum Heeresdienst ein-

gezogenen vielen Tausend Tabakarbeiter zurückkehren, die Heereslieferungen aufhören und ein Rückgang des Konsums allgemein eintritt!

Es waren Tabakarbeiter gegen Unfall versichert (nach der Tabakberufsgenossenschaft):

1907	160 804
1908	171 126 + 10 322
1909 (vom 15. 8. Wertsteuer)	169 954 - 1 172
1910	161 311 - 8 648

Auch nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigt sich ein erheblicher Rückgang der Arbeiterzahl nach Einführung der Wertsteuer. Danach wurden im Jahre 1908 in der Zigarrenindustrie 165 896 Personen beschäftigt, im Jahre 1910 aber nur noch 151 924, das ist ein Rückgang von 13 972 Arbeitern.

Am 17. Januar 1910 erklärte im Reichstage der damalige Reichsschatzsekretär, daß seit 15. August 1909 (Einführung der Wertsteuer) 53 586 Unterstützungsgesuche von geschädigten Tabakarbeitern eingegangen seien, von denen rund 46 000 als berechtigt anerkannt werden mußten.

Hat schon die Einführung der Wertsteuer den Tabakarbeitern und -arbeiterinnen und deren Familien viel Not und Ungemach bereitet, obwohl es sich damals gegenüber der heutigen Vorlage um eine geringe Summe, die gefordert wurde, handelte, so werden die Leiden der deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen bei Annahme dieser Vorlage nicht abzuwenden sein.

Bremen, }
Düsseldorf, } den 27. April 1916.
Heidelberg, }

Deutscher Tabakarbeiter-Verband:

R. Deichmann.

Zentralverband

christlicher Tabakarbeiter Deutschlands:

Gerh. Cammann.

Gewerkverein der deutschen Cigarren- und Tabakarbeiter (S. D.):

Soh. Stephan.

Das Schicksal der Tabakindustrie.

Die Regierung hat trotz der reichlichen Bewilligung von Steuern durch die Budget- und die Steuerkommission, und trotzdem sie selbst einen Gesetzentwurf für eine Umsatzsteuer ausgearbeitet hat, die Tabaksteuervorlage nicht zurückgezogen. Obgleich viele Kreise dies für das Beste halten, große bürgerliche Zeitungen ihr dies obendrein empfohlen haben, hat sie es doch nicht getan.

Die Gründe hierfür können wir uns denken. Jedenfalls findet sie es besser, mehrere Eisen im Feuer zu haben. Auch glaubt sie sich immer noch auf den Wunsch der großen Interessenten berufen zu können, die die Einführung der höheren Tabakbesteuerung während der Kriegszeit befürwortet haben. Und dann meint sie sicher, je eher die Tabakabgaben gesteigert werden, um so früher gelangt sie zu dem Endziel aller Tabaksteuern, dem Monopol.

Wie sie mit den Parteien fertig wird, um ihre Absichten durchzusetzen, das macht ihr jetzt die geringste Sorge. Die Parteien im Reichstage haben sich so bewilligungslustig gezeigt, wie selten. Da glaubt sie das Eisen schmieden zu können, so lange es heiß ist. Am willkommendsten ist ihr zweifellos der Eifer des Zentrums, neue Steuern ausfindig zu machen. Deshalb hat sie sich so schnell bereitgefunden, die vom Zentrum vorgeschlagene, praktisch sehr unvollkommene Umsatzsteuer einer Bearbeitung zu unterziehen. Wie das Steuerprojekt nach seiner Umarbeitung aussehen wird, weiß man noch nicht, aber so viel darf angenommen werden, daß es auf große finanzielle Ergebnisse zugeschnitten ist.

Ist das der Fall, dann sollte man meinen, die Zurückziehung der Tabaksteuervorlage werde als Vorspann für die Bewilligung der weit ertragreicheren Umsatzsteuer dienen. Und man weiß ja auch nicht, ob sich das im Laufe der Verhandlungen vielleicht vollzieht. So lange bleibt

jedoch das Schicksal der Tabaksteuervorlage in der Schwebe. Mit ihr die Existenz derer, die durch die höhere Tabaksteuer bedroht sind.

Nicht, daß wir sagen wollen, die Zurückziehung der Vorlage gebe eine Gewähr für die ungehinderte Entwicklung der Tabakindustrie. Oft genug haben wir die Steuerideale der Regierung gekennzeichnet als eine Kette von wiederkehrenden Erhöhungen indirekter Steuern, besonders der Tabaksteuer, so daß wir unmöglich glauben können, die Tabakindustrie werde von der Regierung in Ruhe gelassen. Und da jetzt für jeden, der die finanzielle Lage des Reiches zu beurteilen vermag, feststeht, daß nach dem Kriege eine neue große Steuerkampagne, Reichsfinanzreform, genannt, kommen wird, so bedeutet eine Zurückziehung der Tabaksteuervorlage nur eine hinauschiebung der großen Tabakerschöpfung.

Es ist besser, wenn wir uns darüber gleich im Vorherigen klar sind, damit wir uns auf diese Situation einrichten können. Mag es auch grausam erscheinen, jede Hoffnung, das Unglück könnte für alle Zeit abgewendet werden, abzuschneiden; wir dürfen uns nicht einer Sorglosigkeit hingeben, die dann um so schwerer gestraft würde, je unerbitterter das Unheil hereinbricht.

Wir kennen doch auch die Parteien des Reichstages zu gut, um zu wissen, wie ihre Steuerpolitik beschaffen ist. Niemand merkt die bürgerlichen Parteien dem Reiche die Quellen der direkten Einkommensteuer erschließen, so lange die Kleinstaaterei in Deutschland eine doppelte Staatswirtschaft bestehen läßt, mögen auch in höchster Not Erbschafts- und Vermögenssteuer vom Reiche teilweise in Anspruch genommen werden. Mithin den Regierungen der Bundesstaaten und des Reiches sind die ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien für den „Ausbau“ der indirekten Steuern für das Reich. Unter solchen Umständen können wir für die Tabakindustrie nicht erhoffen, daß sie Gnade fände vor diesen Faktoren. Ist „Holland in Not“, dann muß sie bluten.

Das schließt nicht aus, daß die jetzt geplante Erhöhung verschoben werden könnte. Es kommen dafür aber nur Opportunitätsgründe in Betracht. Wir lesen sie ja alle Tage in der bürgerlichen, wie in der Fachpresse der Tabakindustrie. Die über alle Maßen hohen Tabakpreise werden als Hauptgrund gegen die sofortige Erhöhung der Tabakbesteuerung angeführt, und wir sind die Letzten, die diesen Grund verneinen. Ist trotz der hohen Tabakpreise die Industrie gut beschäftigt, so doch nur infolge der starken Inanspruchnahme für Kriegslieferungen. Das ändert sich sofort mit dem Friedensschluß, wenn auch ein Teil der Staatsaufträge noch fortläuft.

Inzwischen schränkt aber die Höhererschraubung der Preise den Privatkonsum immer mehr ein. Um so gefährlicher müßte jedoch der Rückschlag, für die Zigarrenindustrie besonders, sein, wenn die Lieferungen für den Staat aufhören. Man kann außerdem nicht wissen und sagen, wie der Krieg eiden wird, und ob er nicht in wirtschaftlicher Beziehung unvorhergesehene Schwierigkeiten zur Folge haben wird, die nicht nur der Tabakindustrie gefährlich werden können. Dann aber für die Tabakindustrie um so schlimmer, wenn man ihr vorher erst noch den Steuerfisch um den Hals legt.

Die Schüsse, die für die Arbeiter daraus zu ziehen sind, liegen nahe. Bricht ein Teil selbständiger Existenzen in der Tabakindustrie zusammen, wieviel mehr werden dann Tabakarbeiterexistenzen vernichtet werden! Daher ist es erklärlich, daß die Tabakarbeiter fordern müssen, mehr Rücksicht auf sie zu nehmen und die ungeheure, rücksichtslose Steuerbürde von der Tabakindustrie abzuwenden.

Etwas mehr werden wir wohl über das Schicksal der Tabaksteuervorlage wissen, wenn Vorstehendes gedruckt in die Öffentlichkeit gelangt. Denn am 2. Mai soll die Beratung der Vorlage in der Steuerkommission beginnen, wenn diese nicht noch anders beschließt. Jedoch dürfte die Regierung sich nach unserer Annahme die Vorlage nicht so leicht aus der Hand winden lassen, falls die Kommission einsichtsvoll genug die Gefahr wüßigen sollte, die der Tabakindustrie mit dieser Vorlage droht und sie ablehnen würde. Bis zur Verhandlung im Plenum wird die Regierung alle Register ziehen, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Und dazu bieten Großunternehmer in der Tabakindustrie noch die Hand!! —

Vorsicht!

Der Handel ist im Gange — der Steuerhagel nahelich. Es ist nicht ohne Einberührung mit dem Schatzamt, wenn jetzt in großen Zeitungen, die bisher der Tabaksteuervorlage das Wort redeten, ein Säbber ausbreitet

Woh, der vermittelnd, in Wirklichkeit verwickelt auf die Gegner der Tabaksteuererhöhung wirken soll. Und zwar auf die Gegner in den Kreisen der Tabakinteressenten.

Es ist bekannt, daß ein Teil dieser Interessenten die höhere Besteuerung des Tabaks überhaupt bis nach dem Kriege verschoben wissen wollten, während ein anderer Teil nur die Verschärfung des höheren Wertzuschlages wünschte. Als Argument gegen den letzteren haben auch wir auf die übertriebene Steigerung der Tabakpreise in der Gegenwart hingewiesen. Auch sonst ist noch manches gegen den höheren Wertzuschlag angeführt worden.

Hier setzt nun der offiziöse Vermittlungsvorschlag ein. Nämlich der Vorschlag, die Tabaksteuererhöhung zwar sofort zu bewilligen, jedoch mit dem gesetzlich auszusprechenden Vorbehalt, den erhöhten Wertzuschlag erst zu erheben, wenn wieder reguläre Tabakpreise zu verzeichnen seien.

Uns will es nach den bekannten Vorgängen im Deutschen Tabakverein scheinen, als ob dieser Vorschlag an den zugänglichen Stellen im Reichsschatzamt suggeriert worden sei, um dann von dort aus als offiziöser Fühler ausgestreckt zu werden. Und wer sollte denn die Unterhändler sein, die auf diesen Vorschlag hin mit der Regierung resp. dem Reichsschatzsekretär die Gangbarkeit dieses Weges untersuchen und daraufhin Abmachungen treffen sollten? Natürlich diejenigen Interessenten, die bereits mit dem Schatzsekretär über die jetzige Vorlage paktiert haben. Denn die bürgerlichen Parteien hätten keine Ursache, speziell auf der Vorlage zu beharren, wenn sie dem Schatzsekretär mehr Steuern entgegenbringen außer der Tabaksteuer, als er gefordert hat.

Wie freilich jetzt die Situation infolge dieser Bewilligungswut gestaltet ist, glaube es sich der Schatzsekretär gestatten zu können, so viel zu verlangen, als er nur kriegen kann. Er erinnert sich dabei jedenfalls der Methode des einstigen preussischen Finanzministers Miquel: Steuern auf Vorrat zu schaffen. Vorrat, der nach dem Kriege in dem Siebe der Reichsbedürfnisse verschwinden wird. Es darf jedoch nicht die Aufgabe des Reichstages sein, das Volk zu solchen Zwecken leichtfertig zu belasten und einer Industrie, wie der Tabakindustrie, den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Besonders wenn solche Pläne darauf abzielen, bei erster bester Gelegenheit eine solche Industrie für den Staat zu kapern, sie zu monopolisieren.

Die Abgeordnetenkreise, die den offiziösen Vorschlag zum Gegenstand von Unterhandlungen machen wollen, würden sich natürlich auch mit den Tabakinteressenten ins Benehmen setzen, aber zweifellos wird das Einberufen mit dem Reichsschatzamt dazu als die beste Vorarbeit betrachtet. Es nähme sich doch gar nicht übel aus, wenn Herr Dr. Helfferich abermals verkünden könnte, maßgebende Kreise der Tabakindustrie seien zu diesem Opfer für das Vaterland bereit. Vielleicht ergibt die Beratung der Vorlage in der Steuerkommission schon den Ausweis, woher der offiziöse Vermittlungsvorschlag stammt.

Wir brauchen nach alledem, was wir über den höheren Wertzuschlag gesagt haben, wohl kaum besonders auf fortbestehende Gefahr dieser Besteuerungsart hinzuweisen. Nach unserer Auffassung ist auch nach dem Kriege ein Zurückgehen der Tabakpreise auf den regulären Stand vor dem Kriege nicht zu denken. Bei welchem Preisstand soll denn der höhere Zuschlag in Kraft treten? Will man einen höheren Preis als vor dem Kriege dazu jetzt schon festlegen? Das gäbe ja geradezu den ausländischen Tabakproduzenten ein Patent zur größeren Ausbeutung einer deutschen Industrie!

Ein höherer Preis brächte außerdem eine stärkere steuerliche Belastung mit sich — die Tabakindustrie würde also mit einer solchen Festsetzung des Preises doppelt gestraft.

Verschiebt man die Entscheidung darüber, bei welchem Preisstand der höhere Wertzuschlag in Kraft treten soll, bis nach dem Kriege, so schleppt man andererseits die Beunruhigung der Tabakindustrie ins Unendliche. Und man weiß nicht, was die Renaufrollung der Tabaksteuerfrage dann weiter bringt.

Jedenfalls werden diese Momente und noch andere bei der Beratung der Tabaksteuererhöhung ernsthaft ins Auge gefaßt werden müssen, wenn das Unheil für die Tabakindustrie nicht noch vermehrt werden soll. Es war kein guter Einbläser, der den offiziösen Vorschlag ausgearbeitet hat, denn er bringt damit noch mehr Verwirrung in die Tabakindustrie, als sie schon durch die Abmachungen letzter vom Deutschen Tabakverein mit dem Schatzsekretär hervorgerufen worden ist.

Dem kann wohl an solcher Verwirrung gelegen sein? Darum Vorlicht, der Fuchs kommt!

Woh die Tabaksteuererhöhung gehindert werden?

In der ganzen Tabakindustrie ist die Spannung zurzeit groß. Was wird werden? Wird die Vorlage zur Erhöhung der Tabaksteuer in ihren wesentlichen Teilen angenommen werden? Wird man mit der Summe, die sie bringen soll, herumgehen? Oder wird man die ganze Vorlage, wie einige allzu optimistische Naturen bereits zu vermuten wagen, ablehnen? Nachdem die Kommission in der Umschreibung und in der teilweise erneuten Fassung des Reichsbeitrages dem Reiche neue Steuern bewilligt haben, möchte man annehmen, daß, wenn der Reichstag die Beschlüsse der Kommission sanktioniert, die Tabaksteuererhöhung fallen gelassen werden könnte. Zwar glauben wir bei dem großen Geldbedarf des Reiches nicht recht daran, aber die Rücksicht auf die Tabakindustrie und ihre Arbeiterschaft müßte der Regierung und dem Reichstag kann, wenn anderweitig genügend Geld aufgebracht wird und anzuwenden ist, zwingen, von der Gesetzgebung der Tabaksteuererhöhung abzusehen. Wenn man sich auch seitens der Regierung und verschiedener Parteien des Reichstages in den Gedanken eingelegt hat, die Tabakindustrie sei ein sehr geeignetes Steuerobjekt, so muß sich vor allem der Reichstag endlich einmal einen Ruck geben und sich aus diesem Wege herausziehen. Langst schon ist, wenn man nicht grundsätzlich auf den Standpunkt der Ablehnung von Steuern die Art ist, die in Bezug auf eine normale

Entwicklung des Tabakgewerbes mögliche Belastung überlasten. Wir sollten meinen, daß es auch dem rückichtslossten Steuererger genügen müßte, wenn ein Gewerbe, das alle übrigen Handels- und Verkehrssteuern wie alle anderen Gewerbe auch zu tragen hat, mit einer besonderen Steuer von 20 Prozent und darüber belastet ist. Wer einmal ernsthaft mit sich zu Räte geht, der muß zu dem Schluß kommen, daß die Forderung von weiteren 160 Millionen das Tabakgewerbe ganz einfach zugrunde richtet, es sei denn, daß er einige Großfabrikanten als das Tabakgewerbe ansieht.

Doch: Was wird werden? Die gesamte Industrie, bis auf einige Herren vom Tabakverein, ist sich zunächst darin einig, daß die Vorlage nicht so angenommen werden kann. Diese Einigkeit ist freilich für die Regierung noch lange nicht Grund genug, ihre Vorlage zurückzuziehen. Eher darf man hoffen, daß die Bewilligung einer Umsatz- und Wertsteuer eine Wirkung ausüben wird auf das Schicksal der Vorlage. Da eine Reihe von Tabakinteressenten der Regierung den Vorschlag gemacht haben, die Erhöhung des Wertzuschlages zwar anzunehmen, aber erst nach dem Kriege zur gelegenen Zeit einzutreten zu lassen, so wird sie möglicherweise auf diesen Vorschlag eingehen. Damit ist der Tabakindustrie aber versucht wenig geholfen. Man hat der Regierung mit dem Reichstag die Sache nur leichter gemacht gegen die Interessen der Tabakindustrie auf der weiteren Belastung zu verharren.

Durch die Zeitungen geht eine anscheinend offiziöse Notiz folgenden Inhalts:

„Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf über Erhöhung der Tabakabgaben sieht bekanntlich neben der Heraushebung des Geldes eine Erhöhung des Wertzuschlages von 40 v. H. auf 65 v. H. vor. Gegen diese Erhöhung wird nun geltend gemacht, daß sie während des Krieges zu einer außerordentlichen Mehrbelastung der Tabakindustrie führe, weil bei den gegenwärtigen ungewöhnlich hohen Tabakpreisen der erhöhte Wertzuschlag den doppelten bis dreifachen Betrag erreichen würde wie bei normalen Friedenspreisen. Diese Tatsache ist nicht zu verkennen. Bei einem normalen Friedenspreis von beispielsweise 160 M für den Doppelzentner Rohabak beträgt der erhöhte Wertzuschlag 97,50 M. Heute muß aber ein Fabrikant für denselben Tabak 400 M anlegen, und damit hätte er einen Wertzuschlag von 280 M zu zahlen. Diese Mehrbelastung muß naturgemäß zu einer nicht unerheblichen Verteuerung der Tabakfabrikate führen. Aber deswegen ist eine Verteuerung der gesamten Erhöhung der Tabakabgaben noch nicht erforderlich. Denn es wäre wohl im Reichstag eine Verständigung dahin zu erzielen, daß Vollerhebung und Wertzuschlag zwar mit Rücksicht auf die für eine Neubelastung günstige Lage der Tabakindustrie jetzt zur Einführung gelangen, der erhöhte Wertzuschlag aber erst mit Eintritt normaler Einkaufsbedingungen für Rohabak in Kraft tritt. Mit einer solchen Regelung wäre den Interessen des Tabakgewerbes, des Handels und der Verbraucher wohl Rechnung getragen.“

Wir glauben nun, mit Recht sagen zu dürfen, daß neue Beratungen der Regierung mit den Kreisen jener Herren aus der Tabakindustrie stattfinden, die auch vorher über das Schicksal der deutschen Tabakindustrie mit der Regierung beraten haben, allerdings die Gesamtinteressen dabei rücksichtslos vergaßen. Ohne Frage wird die hinauschiebung der Erhöhung des Wertzuschlages bis nach dem Kriege einer Prüfung unterzogen werden. Die Kommission, die übrigens nicht am 2. Mai zusammengetreten ist, wie verlautete, wird aber nicht nur diese eine Frage, sondern die Wirkung der ganzen Vorlage überhaupt einer strengen Prüfung unterziehen müssen. So wird auch, nachdem die Umsatzsteuer in den Vordergrund geschoben worden ist, gebrüstet werden müssen, ob denn nun die Tabakindustrie die allgemeine und die schwere Sonderbelastung tragen soll.

Es ist sonderbar, daß von keiner Seite auf die schweren Bedenken der Tabakarbeiter und das, was sie zur Unterstützung ihrer Bedenken als Beweismaterial angeführt haben, eingegangen wird. Nur in einem einzigen Nachblatte der Industrie haben wir ein paar Zeilen über die Wirkung der Vorlage auf die Tabakarbeiterchaft gefunden. Es hat den Anschein, als spielten die Interessen der Tabakarbeiter überhaupt keine Rolle. Stimmt es nicht, was die Arbeiter behaupten, so möge man es widerlegen. Aber wie ist es: Die Tabakarbeiter haben in Erwartung der Folgen, die ihnen die Annahme der Vorlage bringen wird, die Frage der Entschädigung aufgeworfen. Sind die Herren, die der Regierung die 160 Millionen auf den Präsentierteller brachten, der Meinung, daß die Tabakarbeiter glatt darüber hinwegkommen werden? Sind sie der Meinung des Herrn Dr. Helfferich, daß die Auffüllung der Läger genügen wird, die Tabakarbeiter vor Arbeitslosigkeit und vor allem anderen Ungemach zu behüten? Als Sachverständige können sie dieser Meinung nicht sein, und nehmen wir deshalb zu ihrem Gunsten an, daß sie dem Reichsschatzsekretär diese Auffassung nicht beigebracht haben. Aber der Reichstag wird Farbe bekennen müssen in dieser Frage, die ihm hoffentlich deutlich vorgelegt werden wird. Schon der Regierung hätte es angehanden, eine entsprechende Bestimmung in die Vorlage hineinzubringen. Wenn Herr Dr. Helfferich der Meinung ist, daß keine Arbeitslosigkeit eintreten wird, nun, so würde ihm eine solche Bestimmung auch kein Geld kosten, es bräuhete dann eben keine Entschädigung gezahlt zu werden. Den Tabakarbeitern wäre das auch zweifellos lieber. Doch sie haben Erfahrungen hinter sich und wollen sich nicht noch tiefer in der Lebenshaltung herabdrücken lassen.

So wird sich denn die Beratung in der Kommission sowohl wie im Plenum nicht nur um die Interessen der Fabrikanten, sondern auch um die der Arbeiter drehen müssen, wenn nicht zur Bohle von 200 000 Beschäftigten im Tabakgewerbe und deren Familien die Vorlage mit der Ablehnung des § 1 unter den Tisch fällt. Wenn es die Regierung nicht kann, so möge sich endlich einmal der Reichstag von der Anspannung frei machen, daß das Tabakgewerbe noch weitere Steuerlasten tragen kann!

Die westfälischen Fabrikanten und die Tabaksteuer

Dem „Hann. Courier“ wird über die Stellung der westfälischen Tabakindustriellen geschrieben: „Die so dringend notwendige Klärung über die Stellung der westfälischen Tabakindustrie zu dem neuen Gesetzentwurf ist nunmehr herbeigeführt. Nach den Feststellungen des Arbeitsausschusses der Westfälischen Tabakindu-

striellen“, 519 Klunde in Westfalen, sind von etwa 125 Firmen, die im Westfälischen Tabakverein organisiert sind, mindestens mehr als 100 gegen das Inkrafttreten der geplanten Abgaben während des Krieges. Nicht man weiter in Betracht, daß auch von den im Deutschen Tabakverein zusammengeschlossenen 13 Verbänden acht oder neun sich gleichfalls für die Zurückstellung ausgesprochen haben, so liegt es klar zutage, daß jetzt nicht mehr behauptet werden darf, die organisierte Tabakindustrie dränge Reichsschatzsekretär und Reichstag zum sofortigen Inkrafttreten neuer Tabakabgaben. Damit sind aber auch die Richtlinien für das Verhalten des Vorstandes des Westfälischen Tabakvereins gegeben. Fünf seiner früheren Mitglieder haben bereits ihren Austritt angemeldet, weil sie die Verantwortung für die bisherige Arbeit nicht mehr zu tragen in der Lage waren. Wir sind gewiß, daß auch die übrigen Herren sich in einem schweren Gewissenskonflikt befinden. Sicher haben sie bisher das Beste gewollt, niemand wird das bestreiten können. Aber der eingeschlagene Weg ist unter den heutigen Verhältnissen falsch, und da gibt es nur eine Möglichkeit: Zurück! Freierwählte Führer, die sich nicht mehr auf das allgemeine und rücksichtslos Vertrauen ihrer Mannschaft stützen können, müssen den Schluß ziehen und unter allen Umständen zu ihren Wählern zurückkehren. Wir haben schon einmal ausgeführt, daß daraus niemals ein Vorwurf erwachsen kann.

Das war auch die allgemeine Auffassung einer Versammlung von westfälischen und sippischen Tabakfabrikanten, die am Freitag, den 14. April d. J., in Herford stattgefunden hat. Zahlreiche Redner der großen Versammlung stellten erneut fest, daß die heimische Tabakindustrie die Steuer in dieser kritischen Zeit nicht will, ausgenommen einen sehr kleinen Teil von größeren Unternehmern, die nichts zu fürchten hätten. Die gesamten kleineren und mittleren Firmen erblicken in einer Mehrbelastung unter den heutigen Umständen die schwerwiegendsten Gefahren, die zum Verderben unserer ganzen Gegen auszufragen müssen. Noch einmal wurden die sicher eintretenden Schäden nach allen Seiten hin beleuchtet und der sicheren Erwartung Ausdruck verliehen, daß nimmehr auch der Westfälische Tabakverein als solcher baldmöglichst seine Stimme erheben möge für die Zurückstellung der Steuer. Geschloß, das nicht, müsse man; so wurde von allen Sprechern betont, um den Bestand der Organisation in ihrer jetzigen Form fürchten, einer Organisation, deren hohe Verdienste niemand bestreiten wolle.“

Kundgebungen der Tabakarbeiter.

Am 27. April fand in Gildesheim eine Versammlung der Tabakarbeiter statt, in der der Ganleiter Sackelberg-Hamburg referierte. Durch Annahme der Resolution der Hannoverischen Tabakarbeiter stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß eine weitere Erhöhung der Tabakabgaben abzulehnen sei.

In Uchim protestierten die Tabakarbeiter am 30. April durch Annahme der Hamburg-Münchener Resolution gegen die weitere Erhöhung der Tabaksteuer. Referent war Kollege Niendorf-Bremen.

Zur Herstellung österreichischer Monopolzigaretten in Deutschland.

Wie die offizielle Zeitung der Zigarrenladeninhaber berichtet, hat die Münchener Handelskammer in ihrer Sitzung vom 4. April ein Gutachten zugunsten der Errichtung von österreichischen Monopolfabriken in München abgegeben.

Der Vorsitzende der Handelskammer, Kommerzienrat Koblauer, erklärte als Referent in dieser Verhandlungssache in längeren Ausführungen diesen Widerstand gegen das Projekt der k. k. Tabakregie teils für sachlich unbegründet, teils für wirtschaftlich unpassend. Er führte laut Bericht der „Münch. N. N.“ aus: Was die leichtere und billigere Beschaffung des Rohmaterials seitens der österreichischen Tabakregie betrifft, war dieser Faktor schon immer vorhanden. Mit ihm muß die deutsche Zigarettenindustrie rechnen, mögen die österreichischen Zigaretten fertig nach Deutschland importiert, oder aus österreichischen Tabaken hier erst hergestellt werden. Dabei dürfte indessen die bevorzugte Qualität der serbischen und mazedonischen Tabake bis zu einem gewissen Grade einen Ausgleich schaffen. Der österreichische Tabak und die daraus hergestellte österreichische Zigarette hat immerhin nur einen beschränkten Kreis von Liebhabern, der sich kaum in großem Umfang ausdehnt, als der Ausdehnung des Zigarettenrauchens im allgemeinen entspricht.

Wenn nun die Tabakregie dazu übergeht, zwecks Ersparung des Zigarettenzolls in Deutschland selbst Zigarettenfabriken zu errichten, so folgt sie damit nur einem Beispiel, das nach Einführung des erhöhten Eingangszolls auf Zigaretten und Erhöhung der Vandalensteuer im Jahre 1909/10 eine Reihe von Zigarettenfirmen gegeben hat, als sie, ohne besonderen Widerstand zu finden, zur Gründung von Fabriken schritten, die sich mit der Herstellung von Zigaretten aus ägyptischen, türkischen und französischen Tabaken befaßten. Es ist an sich kein Grund, einzusehen, warum der österreichische Zigarettenimporteur an der Errichtung von Fabriken zur Herstellung von Zigaretten aus österreichischen Tabaken gehindert werden soll, während doch bereits eine ganze Anzahl von Fabriken, die andere fremdländische Tabake verarbeiten, seit einer Reihe von Jahren bestehen, gegen deren Gründung und Existenz doch die gleichen Argumente hätten ins Feld geführt werden können, wie sie heute gegen die Errichtung von Fabriken österreichischer Zigaretten geltend gemacht werden.

In seinen weiteren Ausführungen verweist der Referent auf die bevorstehende stark Belastung der importierten österreichischen Zigaretten durch die neue Vollerhö-

fung, ferner auf die Bedeutung des Projekts, bei dessen Ausführung zunächst 800 Personen Arbeitsverdienst finden würden, für München und den bayerischen Staat wegen der Einnahmen aus Steuern und Umlagen, ferner für das durch mancherlei Arbeiten hierbei Beschäftigung findende Gewerbe, und befürchtete, die Tabakregie werde, wenn München widerstrebe, sich vielleicht an einem andern Orte Deutschlands niederlassen. Er fand es schließlich auch nicht unbedenklich, auf den gegenwärtig so lebhaften Bestrebungen auf wirtschaftlichen Zusammenschluß der verbündeten Reiche geradezu gefahrdrohend, wollte man auf deutscher Seite den Anstrebungsbestrebungen österreichischer Unternehmen Widerstand entgegensetzen oder ihnen Erschwerungen bereiten.

Er beantragt deshalb aus den angeführten Gründen, die Handelskammer möge wünschen, daß jenen österreichischen Projekt keine unangenehmen Schwierigkeiten gemacht werden, und in diesem Sinne Beschluß fassen und hiervon der Staatsregierung, der oberbayerischen Kreisregierung und dem Magistrat von München mit dem Ersuchen um Würdigung Kenntnis geben. An das Referat schloß sich eine längere Besprechung, in der unter anderem gleichfalls die wirtschaftliche Annäherung betont wurde. Schließlich fand der Antrag des Referenten einstimmige Annahme.

Bewilligte Lohn- und Teurungszulagen in der Tabakindustrie.

- Mitona a. d. G.** Die Firma Harro Lindenbergh erhöhte die Löhne für alle Sorten um 1 M pro Mille.
- Gildesheim.** Die Firma W. Hagemann erhöhte die Löhne für die beiden gangbarsten Sorten um 50 S pro Mille.
- Goldberkt b. Uelzen.** Die Firma Ernst Hillmann erhöhte die Löhne für zwei Sorten um 50 S und für eine Sorte um 1 M pro Mille.
- Berden a. d. N.** Die Firma Bellmer u. P. o. erhöhte die Teurungszulage der Welleberinnen und Hilfsarbeiter von 1 M auf 2 M pro Woche.
- Bremen.** Die Firma A. Mahlmann erhöhte die Teurungszulage um 50 S pro Woche. Die Firma P. J. Lemke erhöhte die Löhne um 50 S pro Mille. Die Firma S. F. Conrad bewilligte eine Zulage von 5 Prozent. Die Firma Wilkens u. Apitzsch erhöhte die Teurungszulage von 5 auf 10 Prozent. Die Firma Carsten-Wende bewilligte zu der 20prozentigen Lohnhöhung 5 Prozent Teurungszulage. Die Firma Leopold Engelhardt u. Biermann erhöhte die Teurungszulage der männlichen Arbeiter um 50 S und der weiblichen um 1,50 M pro Woche.
- Burgsteinfurt.** Die Tabakarbeiter-Gesellschaft zahlt nunmehr an alle Arbeiter eine Teurungszulage von 4 M pro Woche. Die jugendlichen Arbeiter erhalten außerdem eine Lohnzulage von 5 S pro Stunde. Zu Ostern erhielt jeder Arbeiter eine einmalige Teurungszulage von 100 M, und die Frauen, deren Männer im Kriege sind, 50 M ausbezahlt. Die Kriegsfrauen erhalten außerdem pro Woche 3 M Unterstützung.
- Bernburg (Anhalt).** Nunmehr erhöhte auch die Firma Carl Häbcke die Teurungszulage von 5 auf 10 Prozent.
- Griehberg u. Umg.** Die Firma Gust. Haube in Grunau erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 30 S pro Mille und die Löhne der Wickelmacher um 20 S pro Mille.
- Baugen.** Die Firma Clemm u. Lorenz, die ihren gesamten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Teurungszulage bis zu 10 Prozent bewilligte, erhöhte dazu die Löhne der Zigarrenmacher um 20 S und die Löhne der Wickelmacher um 10 S pro Mille. Die Firma Hausig erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 30 bis 50 S und die Löhne der Wickelmacher um 10 bis 20 S pro Mille.

Städtetag gegen Regierung.

Beinahe zwei Jahre Krieg und noch keine brauchbare Organisation zur rationellen Beschaffung und Verteilung von Nahrungsmitteln — das ist das Resultat aller Staatsweisheit! Verordnungen wirbelt es nur so auf das Volk herab, aber es fehlt ihnen der nötige gesunde Grundzug, und darum vielfach der innere Zusammenhang. Nun verlangen die weitesten Kreise für das neue Erntejahr weitgreifende Maßnahmen, damit im nächsten Jahre die Not nicht noch schwerer am sich greift und die Volksernährung nicht den allerschwersten Schaden erleidet.

Gleichviel, ob Krieg das Jahr noch heimsucht oder Friede einkehrt — die Nahrungsmittelverhältnisse werden schließlich nicht in ordnungsgemäße Bahnen einlenken. Der Umflurz ist ein so schwerer, daß es ernstlicher Maßnahmen bedürfen wird, das Volk vor schrankenloser Ausbeutung zu bewahren. Der Fleischwucher zeigt dies heute so deutlich, wie der Kartoffelwucher usw.

Schon einmal hat der Deutsche Städtetag Mahnungen an die Regierung gerichtet, die Ernährungsfrage großzügig und umfassend zu lösen während der Kriegszeit; schon immer sind die gleichen Forderungen vom Reichstag ausgesprochen worden, aber die Regierung ist ihnen nicht gefolgt. Und wenn jetzt bereits Maßnahmen für das nächste Erntejahr zur denkbar besten Ausnutzung der vorhandenen Nahrungsmittel für die Bevölkerung erlangt werden, so soll man darüber nicht vergessen, daß im gegenwärtigen Augenblick viel zu tun übrig bleibt, um das Volk vor den Nahrungsmittelwucherern zu schützen. Fett- und Fleischmangel drückt die arbeitende Klasse so schwer, wie noch nie während der Kriegszeit, aber nicht deshalb, weil nichts vorhanden wäre, sondern deshalb, weil die unerhörten Preise von den ärmeren und mittleren Schichten des Volkes nicht gezahlt werden können; weil die Viehbesitzer Preiswucher treiben, sowie geschlachtetes Vieh in größeren Mengen als vor dem Kriege zu ihrem eigenen Genuß aufgestapelt haben.

Wie bei den Kartoffeln zeigt sich hier der Mangel einer staatlichen Direktion, die die Viehzucht rationell fördert und durch Beschlagnahme die Produkte dieser Zucht dem Volke zu mäßigen Preisen zugänglich macht, unter Anweisung einer gerechten Verteilung. Hier muß auch tiefer gegriffen werden, als in der Vrotfrage. Denn auch die Vrotpreise sind viel zu hoch und außerdem der Mangel an Brot zu groß. Wenn freilich die Regierung den Landwirten trotz der Beschlagnahmeverordnung soviel Spielraum läßt, daß sie massenhaft Brotgetreide an das Vieh verfüttern, also ihren Getreidebestand verkleinern, nicht richtig angeben haben, ohne daß man fester zusetzt und diese Vorkäuflichkeit beim Fragen nimmt, dann ist auf eine Besserung der Ernährungsverhältnisse nicht zu hoffen.

Diesen Fehler gab selbst der Vorsitzende der Reichsgetreidestelle, Dr. Michaelis, im Reichstage zu, wo er am 12. Januar 1916 sagte: „Hinsichtlich der sorgfamen Verwahrung der Bestände gegen Verfütterung ist auf Seiten der Landwirte nicht so gehandelt worden, wie wir es im Interesse der Allgemeinheit wünschen müßten.“ Das ist eine sehr milde Kritik, die aber begrifflich wird, wenn man das eigne Verschulden der Regierung in Betracht zieht. Denn Herr Michaelis sagt weiter: „Aus allem diesen ergab sich auf Seiten der Produzenten eine Careinheit in der Verfütterung — und wir haben in der Richtung hingesehrt, daß wir die Kontrolle auf dem Gebiete im zweiten Jahre nicht mehr so scharf anzogen, als wir früher.“

Wenn man dies einleitet, warum trifft man denn keine Anstalt, die Getreidebestände restlos festzustellen? Selbst in bürgerlichen Parteien ist die Ansicht vorherrschend, daß es unter keinen Umständen so im nächsten Erntejahre weitergehen darf. Das gesamte für die Volksernährung brauchbare Getreide müssen nach Abzug des Saatgutes für die Volksernährung bereitgestellt werden und dabei eine wesentliche Erhöhung der Proportionen von vorn herein ins Auge gefaßt werden. Würde das beherzigt, wie es ein fortschrittlicher Abgeordneter im „Berliner Tageblatt“ verlangt, dann muß auch eine Verbilligung des Brotes eintreten.

Der Deutsche Städtetag macht der Regierung zum Vorwurf, daß sie sich nur um Preisfrage und Vorratsfrage gekümmert habe — in beiden Fällen aber mit Mißerfolg, wie die Tatsachen lehren — aber die Frage der gerechten Verteilung habe sie kräftlich vernachlässigt. Dann wird gefordert, daß mit dieser unverantwortlichen Vernachlässigung beizuhelfen angesetzt werde. Was heißt beizuhelfen? Beinahe zwei Jahre läuft diese Vernachlässigung, obgleich kurz nach Ausbruch des Krieges die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei durch ihre Vorstände der Regierung ein gutes Programm für die Volksernährung während des Krieges vorgelegt haben, und seitdem die Fehler der Regierung ständig aufgedeckt und verurteilt. Auch, nachdem der Reichstag einigemal scharfe Kritik an den Regierungsmahnahmen geübt und andere, bessere Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Auswüchse und Not verlangt hatten, hat wohl die Regierung neue Verordnungen herausgegeben, die aber die Kalamität nicht beseitigten. Warum? Weil sie nicht ernstlich zugriff und eine Politik trieb, die den Agrariern nicht wehe tun sollte. Nun verlangt der Deutsche Städtetag, daß jetzt im Frühjahr, ein weitreichendes Programm für die Volksernährung festgelegt werde, das aber mit festem Willen durchgeführt werden müsse.

Diese Kritik von so berufener Seite wird sich die Regierung wohl nicht hinter den Spiegel stecken. Wollte sie aber danach verfahren, dann braucht sie sich nur das Programm zu eigen zu machen, das die Generalkommission der Gewerkschaften im Verein mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand nach Ausbruch des Krieges unterbreitet hat.

Selbst das „Berliner Tageblatt“ schraubt seine Hoffnungen, daß die Regierung die Forderung des Städtetages berücksichtigen werde, auf ein Mindestmaß herab. Es schreibt mit Bezug darauf: „Denn auf die Frage, woher uns für den dritten Kriegswinter — auf den wir uns doch unter allen Umständen einrichten müssen — die Besserung kommen sollte, ist eine Antwort verweigert schwerer zu finden. Daß über die Stellen, die uns für alle „Sorgen und Unmöglichkeiten“ der Vergangenheit verantwortlich bleiben, im wunderschönen Monat Mai ein verjüngendes Spritzen und Knöpfen kommen werde, ist doch kaum zu erwarten. Nach dem Reichstag möchte man rufen, wenn man es nicht schon so und so oft vergebens getan hätte! Einen traurigeren Fehlschlag, als der wirtschaftliche Veirat beim Reichsamt des Innern geworden ist, haben wir doch auch lange nicht erlebt!“

Leider nur zu wahr! Aber das Volk darf sich nicht dem Kleinmut hingeben. Es muß selbst ernstlich fordern, daß dem Nahrungsmittelwucher und damit dem Hungern ein Ende gemacht werde.

Eingabe betr. Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reiche.

Berlin, den 15. April 1916.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Verband der Deutschen Gewerksvereine, die Polnische Berufsvereinsung sowie das Bureau für Sozialpolitik halten grundsätzlich an ihrer gemeinsamen Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises fest. Sie erachten diese nicht für ersetzbar durch ein Vergehen der Landeszentralbehörden im Verwaltungsweg.

Nachdem sich in diesen die Reichsregierung und ihr folgende die Landesregierungen bis in die letzten Wochen hinein gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises während des Krieges ausgesprochen haben, legen die genannten Körperschaften Wert darauf, daß im Verwaltungswege keine die später durchgesetzte Regelung erschwerende oder preisende einzelstaatliche Ungleichheit auf die zu gewerblichen Verhältnissen wird. Auch wollen sie der Gefahr begegnen, daß die ganz verwaltungsmäßige Regelung an der Oberfläche bleibt, für die bevorstehenden schweren Aufgaben der Ar-

beitsvermittlung aber keinen wesentlichen Nutzen bringt. Daher erheben sie gemeinsam die folgenden Mindestforderungen an eine vorläufige Regelung des Arbeitsnachweises durch die Landeszentralbehörden der Behörden mit den sozialen Selbstverwaltungskörpern und werden diese unbeschadet ihrer weitergehenden Wünsche öffentlich in den Vordergrund stellen.

Die Landeszentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sollen unverzüglich dahin wirken, daß ein gemeindlicher Arbeitsnachweis für alle gewerblichen Orte, zumindest in den Gemeinden mit über 10000 Einwohnern, errichtet wird. Die Landeszentralbehörden können nach Anhörung von Vertretern der Gemeinde, der Arbeitgeber und der Arbeiter von Fall zu Fall einen gemeindlich und teilweise Arbeitsnachweis als ausreichend erklären, falls dieser paritätisch verwaltet wird.

Dem gemeindlichen oder ihm nach I gleichgestellten Arbeitsnachweis wird auf Grund des § 15 EWO die Errichtung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und die Bildung besonderer Männer- und Frauenabteilungen nach Maßgabe des voranstehenden Geschäftsvertrages aufgegeben.

Dem gemeindlichen oder ihm gleichgestellten Arbeitsnachweis ist (im Anstaltswege oder unter Zuhilfenahme der §§ 2 II und 16 EWO) die Errichtung eines paritätischen Verwaltungsausschusses aufzuerlegen.

Dem paritätischen Verwaltungsausschuss liegt die Festsetzung der Vermittlungsgrundsätze, die Anstellung mit den Berufsverhältnissen vertrauter Arbeitsvermittler, die Entscheidung über Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Nachweises und die Umgestaltung des Nachweises ob.

Der gemeindliche Nachweis kann nach Verständigung mit dem am Orte befindlichen anderen nichtgewerblichen Nachweisen die Aufgaben einer örtlichen Zentralauskunftsstelle übernehmen.

Die höheren Verwaltungsbehörden sind anzuhalten, für größere Gebiete Zentralauskunftsstellen zu schaffen nach Maßgabe der vom Reichsamt des Innern herbeigeleiteten Besprechung vom 30. April 1915 und des Preussischen Ministerialerlasses vom 21. Mai 1915 (Ausgleichstellen von Arbeiter und Mangel auf dem Arbeitsmarkt auf Grund regelmäßiger Zusammenarbeit aller nichtgewerblichen Arbeitsnachweise). Den nichtgewerblichen Arbeitsnachweisen ist durch Wahl eines Vorstands und Vorstands, in dem alle Arbeitsnachweisgruppen gleichmäßig vertreten sind, ein selbständiger Einfluß auf die Geschäftsführung der Zentralauskunftsstelle zu gewähren.

Für die Durchführung dieser Bestimmungen errichtet jeder Bundesstaat oder zu diesem Zweck von mehreren Staaten gegründeter Verband eine Landeszentrale für Arbeitsvermittlung. Diese hat für die nichtgewerblichen Arbeitsnachweise jede mögliche Erleichterung ihres Geschäftsbetriebes, insbesondere eine Verbilligung des geschäftlichen Verkehrs, und für die Arbeitssuchenden eine Verbilligung notwendiger Reisen zu veranlassen.

Die Landeszentralen haben der Reichszentrale der Arbeitsnachweise regelmäßig Bericht zu erstatten, um diese in den Stand zu setzen, durch Hinweis und Vorschläge ein einheitliches und wirksames Arbeiten der Arbeitsnachweise im ganzen Reiche herbeizuführen.

Die fünf oben genannten Körperschaften halten eine Regelung der Arbeitsvermittlung in der bezeichneten Weise für um so notwendiger, als die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand des Arbeitsnachweises vor ganz neu und besonders geartete Aufgaben stellen wird, die nur durch ein Zusammenarbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindeführer sowie der militärischen Stellen untereinander und mit den Organen der Arbeitgeber- und der Arbeiterchaft gelöst werden können.

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. E. Legien, M. d. R.
- Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. M. Schiffer, M. d. R.
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). G. Hartmann.
- Polnische Berufsvereinsung. A. Gwibjzel.
- Bureau für Sozialpolitik. Prof. Dr. E. Franke.

Die Gesellschaft für Soziale Reform tritt den Grundgedanken und Zielen der vorstehenden Forderungen der genannten Organisationen bei und spricht die dringende Erwartung aus, daß vor Beendigung des Krieges der Arbeitsnachweis so gerüstet dastehet, daß er allen Ansprüchen gerecht werden kann.

Gesellschaft für Soziale Reform
Einsatzminister Dr. Frhr. v. Berlepsch.

Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Vom Januar 1916 ab erscheint im Verlage der Generalkommission unter dem Titel „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Blatt erscheint alle 14 Tage. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist zunächst nicht in der Lage, seinen weiblichen Mitgliedern das Blatt gratis zu liefern, da es dazu des Beschlusses eines Verbandstages bedarf. Das Blatt kann aber auch abonniert werden, und zwar nicht nur von den Mitgliedern selbst, sondern auch von den Frauen und Töchtern unserer männlichen Mitglieder. Der Bezugspreis beträgt 20 S pro Exemplar und Vierteljahr. Wer das Blatt beziehen will, bestelle es bei der Ortsverwaltung.

Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, Bestellungen auf die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ entgegenzunehmen unter Vorauszahlung des vierteljährlichen Bezugspreises. Mühevoll sind uns die etwaigen Bestellungen der Zahl nach mitzuteilen. Der Versand der Blätter erfolgt von hier aus gleichzeitig mit dem „Tabak-Arbeiter“. Die Ortsverwaltungen erhalten je ein Exemplar gratis von uns zugelandt.

Der Vorstand.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Vertiefungen nur an W. Rieder, Bremen, Faulenstraße 58/60. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Postkonto, bei der Postabteilung der Groß- und Kleinhandelsbank deutscher Kontowereine m. b. H. in Hamburg, Postfach 3 Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Joh. Krabbe, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an **Walter Meibohm, Bremen, Frankenstraße 68/69, 11 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.
Für den Austausch bestimmte Aufschriften sind an **L. Schönes, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus)** zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Barzahlung):

12. April: Soest B. 10,—, 21. Medardus B. 20,—, 22. Nibloch B. 10,—, Kirchwegern B. 150,—, Emmigloh B. 150,—, Dörfel B. 60,—, Spandau B. 50,—, Dettinghausen B. 40,—, Langenfelde B. 29,62, Wersfelder B. 28,—, Dingelau B. 35,—, Finkler B. 40,—, Berlin B. 450,—, Wolgast B. 40,—, Schweideln B. 22,46, Friedberg B. 20,—, Nenzlingen B. 20,—, Wiesfeld B. 10,—, 23. Eger B. 100,—, 24. Schötmars B. 40,—, Gannu B. 50,—, Lemge B. 100,—, Wilsen B. 50,—, Pöschel B. 50,—, Klein-Krotenburg B. 250,—, 25. Bergedorf B. 80,—, Spenge B. 100,—, Sildesheim B. 100,—, Burg bei Magdeh. B. 40,—, Dreßdel B. 200,—, Gottbus B. 60,—, Reiflingen B. 100,—, Schölkau B. 80,—, Kaumburg B. 30,—, Seiffenrieder B. 100,—, Dicksheim B. 20,—, 26. Minden B. 126,—, Gilshausen B. 100,—, Wresen B. 500,—, Holfen B. 80,—, 27. Prenglau B. 100,—, Pöckau B. 300,—, Treßfurt B. 150,—, Mühlhausen in Thür. B. 40,—, 28. Dörlinghausen B. 100,—, Lübbede B. 140,—, Rehme B. 800,—, 29. Hamburg B. 100,—, 30. Achim B. 150,—, Bremen, 1. Mai 1916. B. Nieder-Bellau.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1916 gingen bis 2. Mai ein:
1. Gau Hamburg: Bergedorf, Wilsen, Uetersen, Pöschel, Grevensühlen, Laffow; 2. Gau Hannover: Sildesheim, Münchhof, Schörling a. E.; 4. Gau Herzog: St.-Quernheim, Hummel, Dünne, Hellen, Soch, Lübbede, Rehme, Dickseld, Rymont, Giddenhöfen; 5. Gau Frankfurt a. M.: Ballendat, Klein-Sternheim, Höchst am Main; 6. Gau Weiberg: Schweifungen; 7. Gau Offenburger: Emmendingen, Cahr, Eigerweier; 8. Gau Erfurt: Pöckig, Wintersdorf; 9. Gau Dresden: Chemnitz, Seiffenrieder, Peritz, Mühlchen; 11. Gau Breslau: Trebnitz, Görlitz; 12. Gau Berlin: Reudamm, Berlin, Neurappin, Dörling, Spandau, Jastrup, Schönlanke.

Zur Beachtung für Gauleiter und Redaktoren.
Bis zum 2. Mai haben folgende Zahlstellen die Abrechnung vom 1. Quartal noch nicht eingelebt:
1. Gau: Neukaus, Lübbede, Delmenhorst.
2. Gau: Delmstedt, Uslar, Gailberstadt, Stenbal, Langermünde, Gerrode.
3. Gau: Lübenstimmern.
4. Gau: Mhle, Blasheim, Gehlenbed, Schme, Oberbecken, Fr.-Dien, berf, Rakben, Werste, Teimold, Lage, Duisburg, Oberhausen.
6. Gau: Ostersheim.
7. Gau: Freiburg, Neufreistadt, Dünningen, Straßburg.
8. Gau: Seilfornn.
9. Gau: Emmern, Leuchern, Kreuzburg, Mühle, Weiba, Balldorf, Rajungen, Soburg, Wretungen, Obermaffeld.
10. Gau: Breinig, Uibau, Wittenberg.
11. Gau: Grah, Langenbielau, Neumarkt, Neufalz, Sprottau, Strehlen, Hirtle.
12. Gau: Güstrow, Senftenberg, Danzig, Buxtehude.

Abreisen-Mendungen.
Schiffbeck (1). 1. Bv. Max Maronach, Kahlstädtweg, Haus 2, Nieblich (5). 1. Bv. Christ. Seb, Mainzerstraße 15.
Penig (10). 1. Bv. Oswald Sped, Weinigerstraße 29, Leipzig (10). 2. Bv. Rob. Draht, Kregelstr. 2, IV.

Arbeitsmarkt
Offene Stellen.
10 Zigarrenarbeiter u. Bildmacher nach Friedberg in Hessen; K. Merlitz 6 M. für Bildl 3 M. für acht Tagen eine Zulage. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis, Franz Schnell, Frankfurt a. M., West 13, Steinmeßstr. 6a, I.
Zwei männliche oder weibliche Keller nach Görlitz; Mindestlohn 6 M. und Teuerungszulage. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis, Ernst Fleck, Breslau, Margarethenstr. 17, Zimmer 39.

Mitglieder-Versammlungen.
Dickseld: Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Ganne-mann, Weberstr. 5. Sehr wichtige Tagesordnung!

Gestorben:
Gefallen in Rußland Ernst Fay aus E. S. w. e. g. e., 28 Jahre alt (Zahlstelle E. S. w. e. g. e.).
Am 26. April starb in Altona der Zigarrenarbeiter **Fritz Berglund** aus Stockholm, 61 Jahre alt.
Am 29. April starb in Wurz en der Zigarrenarbeiter **Oswald Sagner** aus Wurz en, 63 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!


Eckstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusffrei
A. M. ECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Grösstes Wickelformenlager Deutschlands
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER
L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO. 24.
Verlangen Sie sofort kostenlos
Unsere Haupt-Preislisen, Modellbogen, Zigarettenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth-Muster, etc.

Soeben neu erschienen

Modellbogen

209

für gebrauchte

Wickelformen

Soeben neu erschienen

Modellbogen

209

für gebrauchte

Wickelformen

Suche einen Zigarrenmacher, welcher mit der Fabrikation durch und durch vertraut ist, als Meister. Beim Militär befindlich, garnisondienstfähig oder arbeitsverwendungsfähig kann reklamiert werden. Offerten unter **Rs. 8970** beförd. **Rudolf Mosse, Essen.**

Rohtabakhandlung
kauft bei Aufgabe der Fabrikation u. Tabake und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter **Styffe N. 100. Exp. d. Bl.**

Kein Tabak-Arbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Hugo Müller, Rohtabak
Bremen, Hornstraße 38.
Brahli-Decker, St. Jellig 3.80 u. 4.— M., Sumatra-Decker 5.— bis 7.50 M., Vorsteland-Decker, leicht, 4.— und 5.— M., bunzel, 4.— u. 4.20 M., Java-Rohblatt u. -Einlage, sehr leicht, 3.30 M., Sumatra-Rohblatt, sehr leicht, 3.60 M., Corcoran-Rohblatt, sehr leicht, 3.50 M., Essgut, gesund, 2.50 M., gefärbt, Einlage, gesund, 2.40 M., Cigarettabal 1.40 M., Cigarettabal 1.75 M. per 1/2 kg. Alle vorherigen Preise sind aufgehoben. Versand unter Nachnahme.

Näh-Nähle „Jumel“
D. R. G. M. + Patent.
Offen. u. unger. Pat. angem.
Jeder feine, Reparatur! Sie näht Steppstiche wie eine Nähmaschine. Größte Erfindung im Reber, Feile, Leinwand usw. mit der Hand zu nähen. Reparaturieren von Schuhen, Seidewirk, Einteil, Segelt, Seilen usw. Preis 3. St. aus Metall mit 3 verticellenen Nadeln und Spindel **Mk. 3.50**
unter Nachn. Porto u. Best. od. frei. Einzig viele Anzeigen.
Bitte beim Kauf zu beachten: Die „Nähle „Jumel“ ist stets aus Metall, ist unzerbrechlich, dauerhaft und unübertreffliches Original-Produkt, kann deshalb niemals mit wertlosen, billigen und stützigen Nachahmungen verwechselt werden!
G. Tannert, München
Sendungstraße 39/1.



Carl Roland Berlin SO 26
Kottbuserstrasse 4.
Sumatra-Decke pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.
Mexiko-Decke pr. Pfd. 5.— M.
Havana pr. Pfd. 5.— M.
Brasil pr. Pfd. 2.90 M.
Java-Einlage... pr. Pfd. 2.50 M.
Java-Einlage mit Umblatt pr. Pfd. 2.60, 2.80 u. 2.85 M.
Java-Umblatt... pr. Pfd. 3.30 M.
Vorstelanden-Spada pr. Pfd. 3.60 M.
Ueberseeischer Tabak nur bei gleichzeitiger Entnahme von andern Tabaken pr. Pfd. 1.70 M.

Wichtig! Rohtabak!
Hengloss & Maak
Altona - Ottensen
Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 23.

Drucksachen
aller Art, in moderner Ausführung für Private u. Vereine liefert billigst
J.H. Schmalfeldt & Co.
Bremen Geeren 6/8

Gelesene Tabak-Arbeiter
bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

In der Einschreibung vom 31. März d. J. kaufte ich direkt die folgenden geschlossenen Partien:

163 Packen D/Djwo: Vorstelanden-Deck
124 „ Barve Loem: Java-Aufarbeiter
50 „ Bades: Java-Aufarbeiter
30 „ KGS: Banjoemas-Aufarbeiter
367 Packen zusammen

Ich kaufte in den Einschreibungen des Jahres 1916 bisher nur direkt in Partien (außer sehr bedeutenden andern Käufen)

4940 Packen und zwar:

1099 Packen am 14. Januar 1916
1370 „ „ 4. Februar 1916
1398 „ „ 18. Februar 1916
706 „ „ 4. bis 11. März 1916
367 „ „ 31. März 1916
4940 Packen

Fordern Sie bei Bedarf stets meine Angebote € in!

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22
Utensilien für Zigarrenfabriken
Verlag: J. H. Schmalfeldt u. Co., sämtlich in Bremen.